

## Bundesfachausschuss Außen- und Sicherheitspolitik

Berlin, den 13. November 2000

### **Bedrohungen abwehren – Stabilität erhalten NMD: Die Zeit bis zur Entscheidung zum Dialog nutzen**

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses  
Außen- und Sicherheitspolitik  
unter der Leitung von Dr. Friedbert Pflüger MdB  
am 13.11.2000

Durch das Ende des Kalten Krieges hat sich die Gefahr einer großangelegten militärischen Konfrontation drastisch verringert. Ein gegenseitiger Nuklearangriff der USA und Russlands ist heute unwahrscheinlich. Auch nach dem Fall der Mauer bleiben die USA Deutschlands Freund und Partner und für das politische Gleichgewicht in Europa unverzichtbar. Deshalb ist eine starke amerikanische Präsenz in Europa auch in Zukunft – trotz des Aufbaus einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – in unserem Interesse. Die CDU hält eine aktive und starke Rolle der USA in Europa und der Welt auch in Zukunft für unabdingbar. Deutschland und Europa müssen mit den USA im Rahmen der NATO einen engen und vertrauensvollen Dialog über neue Bedrohungsszenarien führen und daraus ggf. sicherheitspolitische Maßnahmen ableiten, um neuen Gefahren begegnen zu können.

Denn an die Stelle der Konfrontation zwischen Ost und West sind neue Gefahren getreten. Neben den fünf im nuklearen Nichtverbreitungsvertrag anerkannten Atommächten streben weitere Staaten nach Atomwaffen, aber auch nach B- und C-Waffen sowie der Trägertechnologie, die auch Mitgliedstaaten der NATO bedrohen könnten. Die Atomtests Indiens und Pakistans im Jahr 1998 sowie Entwicklungen im Nahen Osten haben der ganzen Welt vor Augen geführt, dass die Proliferation von Massenvernichtungswaffen schon heute zur realen Bedrohung geworden ist.

Fanatische Diktatoren oder Terroristen könnten in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen. Daher wurde in den USA die Forderung formuliert, ein begrenztes nationales Raketenabwehrsystem (National Missile Defense; kurz: NMD) und ein System zum Schutz der eigenen Eingreiftruppen (Theater Missile Defense; kurz: TMD) zu installieren, die einen Nuklearangriff abwehren, aber auch zu einem neuen nuklearen Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau beitragen könnten. Nur durch die Dislozierung einer NMD und einer TMD könne die Gefahr ausgeschlossen werden, dass Amerika von sogenannten Sorgenstaaten oder Terroristen erpresst werden kann.

Allerdings widerspricht der geplante Raketenschutzschirm den Bestimmungen des ABM-Vertrags (Anti-Ballistic-Missile) zwischen den USA und der Sowjetunion aus dem Jahre 1972. Um die Logik der Abschreckung aufrechtzuerhalten, haben die damaligen Supermächte USA und Sowjetunion im ABM-Vertrag festgelegt, dass nur jeweils zwei lokale Raketenabwehrsysteme in den USA und der Sowjetunion eingerichtet werden dürfen, damit auch nach einem Überraschungsangriff ein Gegenschlag möglich blieb. Auch wenn der ABM-Vertrag aufgrund der Veränderungen der internationalen Lage nach 1989/1990 an Bedeutung verloren hat, ist er noch immer ein wesentliches Element der europäischen Stabilität und der nuklearen Abrüstungspolitik.

Der amerikanische Präsident Bill Clinton hat am 1. September 2000 die Entscheidung über den Aufbau einer NMD verschoben. Der am 7. November 2000 gewählte US-Präsident kann nun - unabhängig von wahltaktischen Zwängen – die Vor- und Nachteile von NMD abwägen. Er sollte sich die Zeit nehmen, um vor der Entscheidung einen intensiven Dialog mit den NATO-Verbündeten und den internationalen Partnern zu führen.

Dabei sollten folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- Russland hat deutlich gemacht, dass eine einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags und die Implementierung einer NMD zu einer Belastung des Verhältnisses zu den USA führen und es die sicherheitspolitische Kooperation mit dem Westen und der NATO einschränken würde. Von russischer Seite wurde z.B. damit gedroht, Trägersysteme wieder mit Mehrfachsprengköpfen auszustatten oder die Bereitschaftsstufe ihrer atomaren Raketen zu erhöhen.
- Peking betrachtet die Errichtung eines NMD-Systems als eine sicherheitspolitische Herausforderung des eigenen nuklearen Potentials. China hat unabhängig von der amerikanischen NMD-Diskussion mit der Modernisierung seines nuklearstrategischen Potentials begonnen und hält sich die Option offen, sein nuklearstrategisches Potential von 20 Langstreckenraketen erheblich auszubauen.
- Eine Aufrüstung Chinas könnte negative Auswirkungen auf das Sicherheitssystem in Asien haben und zu einer neuen Rüstungsdynamik auf dem indischen Subkontinent führen.
- Studien weisen darauf hin, dass durch Innovationen bei Angriffsraketen Verteidigungsmaßnahmen immer wieder überwunden werden konnten.

Die CDU Deutschlands schlägt vor:

- Die Bundesregierung, die auf die amerikanischen Raketenpläne viel zu spät und viel zu undifferenziert reagiert hat, muss umgehend mit den europäischen Partnern eine gemeinsame Position formulieren, um stärker als bisher auf den Meinungsbildungsprozess in den USA Einfluss nehmen zu können. Dabei muss die amerikanische Bedrohungspersonen mit europäischen Stabilitätsabwägungen und einer transatlantischen Sicherheitsanalyse in Übereinstimmung gebracht werden.
- Der Dialog über eine Raketenabwehr muss so geführt werden, dass der Zusammenhalt der NATO weiter gefestigt und die Zusammenarbeit des Westens mit Drittstaaten, vor allem mit Russland und China, nicht gefährdet wird. Dies kann am besten durch eine enge Abstimmung in der NATO und durch den Dialog mit anderen Ländern geschehen, wobei deren berechnete Interessen berücksichtigt werden sollten. So kann ein konstruktiver Dialog über NMD durchaus dazu führen, dass der ABM-Vertrag an Bedeutung verliert und letztlich nicht mehr benötigt wird, allerdings nicht durch einseitige Kündigung, sondern durch gemeinsame Vereinbarungen.
- Dabei sollte in Erwägung gezogen werden, inwiefern die Strategie der militärischen Abschreckung neben der Prävention künftig auch durch technische Möglichkeiten des Schutzes vor Raketenangriffen ergänzt werden kann. Des Weiteren ist zu prüfen, ob durch Raketenabwehr nicht nur ein Schutz für die USA, sondern auch für die Europäer geschaffen werden kann und sollte.
- Der nukleare Abrüstungsprozess, an dem die CDU Deutschlands ein besonderes Interesse hat, muss fortgesetzt werden. Deshalb ist zu prüfen, ob nicht gerade durch die Möglichkeit eines Schutzes vor Raketenangriffen die Chancen für eine drastische nukleare Abrüstung seitens der USA und Russlands verbessert werden können.
- In enger Abstimmung insbesondere mit Russland und China sollte der Westen durch diplomatische Mittel darauf hinwirken, dass es in den sogenannten Sorgenstaaten zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen kommt, zumindest aber zu Maßnahmen, die sicherheitspolitische Bedrohungen verringern.
- Präventive Maßnahmen gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen sollten nachdrücklich verfolgt werden. Dazu gehört auch die Stärkung des gesamten Nichtverbreitungsregimes, z.B. muss der Vertrag über das nukleare Teststoppabkommen (CTBT) endlich in Kraft treten; ein Vertrag über das Verbot der Produktion von kernwaffenfähigem Nuklearmaterial (Cut off) ist anzustreben. Alle diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um der Proliferation zu begegnen.

- Zur Stärkung der Non-Proliferation gehört auch, diejenigen Institutionen, die sich gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologien engagieren, organisatorisch und finanziell besser auszustatten. Ein Schritt hierfür wäre, wenn die USA bald ihre Beiträge an die UN, durch die auch die Arbeit von Rüstungskontrolleinrichtungen bezahlt werden, entrichteten.